

nr 4/2010

juridikum

zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft

thema

Postneoliberale Rechtsordnung? Suchprozesse in der Krise

recht & gesellschaft

Stiefkindadoption auf dem Prüfstand
Sexting aus strafrechtlicher Sicht

Für Context herausgegeben von Ronald Frühwirth, Ines Rössl und Joachim Stern

www.verlagoesterreich.at
www.juridikum.at

 VERLAG
ÖSTERREICH

Inhaltsverzeichnis

vor.satz

- 377 Ausschluss Basta!
Ein Aufruf

merk.würdig

- 380 Können wir wissen, was wir eines Tages wollen?
Das BGH-Urteil zum Behandlungsabbruch
Charlotte Reiff
- 385 Kein Raum für Sentimentalität
Ines Rössl
- 388 Eine ehrliche Debatte jenseits von Ideologien?
Nina Eckstein

recht & gesellschaft

- 391 Gleichgeschlechtliche Familien
Ausblick auf die EGMR-Judikatur zur Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare im österreichischen Kontext
Marion Guerrero
- 402 Taking Sexting Seriously: Should Europe Start Prosecuting “Sexters”?
Matthias C. Kettemann

thema

- 414 Vorwort: Postneoliberale Rechtsordnung? – Suchprozesse in der Krise
Sonja Buckel / Andreas Fischer-Lescano / Lukas Oberndorfer
- 425 Landgrabbing – Symptom einer postneoliberalen Rechtsordnung?
Thore Prien
- 436 Kämpfe um soziale Rechte: Können strategische Prozesse gegen transnationale Unternehmen einen Beitrag leisten?
Wolfgang Kaleck / Miriam Saage-Maaß
- 449 Europäische Gleichstellungsnormen: Neoliberale Politik oder postneoliberale Chance für demokratische Geschlechterverhältnisse?
Gabriele Wilde
- 465 Europäische Tarifautonomie – Rechtsrahmen für Autonomie und Korporatismus
Eva Kocher
- 484 Globale Soziale Rechte. Kämpfe ums Recht im Postneoliberalismus
Kolja Möller
- 500 Klimaschutz mit Markt und Deals: Neoliberale und postneoliberale Verschiebungen im Umweltrecht und der Klimaschutzpolitik
Michael Fütterer / Maximilian Pichl

nach.satz

- 518 Rechts.Wirklichkeit: Ein Bericht aus Tirol zu Art 13 Abs 3 B-VG
Caroline Voithofer

Thema: Postneoliberale Rechtsordnung? – Suchprozesse in der Krise

Vorwort

Sonja Buckel/Andreas Fischer-Lescano/Lukas Oberndorfer

Hermann Scheer († 14.10.2010) gewidmet

Spätestens als im Jahr 2009 der Welthandel um 10 % einbrach, das Bruttosozialprodukt diverser Länder im selben Ausmaß schrumpfte und Armut und Arbeitslosigkeit weltweit explodierten, wurde auch den politischen Eliten bewusst, dass ihre bisherige Strategie des Abstreitens oder Kleinredens der Krise über nur noch wenig Tragfähigkeit verfügte: Die größte Weltwirtschaftskrise seit den 1930er Jahren war evident geworden. Die dem Kapitalismus eigenen großen Strukturkrisen haben immer wieder die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Entwicklungsmodelle angestoßen, die auch die jeweiligen Rechtsordnungen prägten. Daher möchten wir mit diesem Schwerpunkt die Frage einer postneoliberalen Rechtsordnung aufwerfen: Führt die momentane Krise zu epochalen Verschiebungen, und lassen sich Anzeichen einer neuen Form der Bearbeitung gesellschaftlicher Widersprüche auch schon in rechtlichen Praxen aufspüren? Oder bleibt doch alles beim Alten, da die Kräfteverhältnisse sich nicht grundlegend geändert haben?

Krisen, in der die permanente Instabilität kapitalistischer Reproduktion allgemein greifbar wird, waren historisch immer wieder Auslöser neuer innerkapitalistischer Entwicklungsmodelle, denn sie beschränkten sich nicht auf bloße ‚ökonomische‘ Momente, sondern waren zugleich immer auch politische, kulturelle und rechtliche Krisen. Sie stellten die bisherige Lebensweise in Frage, angestoßen bzw vermittelt durch soziale Bewegungen, wie etwa diejenige von 1968, weil breite Teile der Bevölkerung aus dem bestehenden Konsens ausbrachen. Es sind solche gesamtgesellschaftlichen Prozesse, welche die aktuelle Konstellation kennzeichnen: Die wochenlangen Streiks und Raffinerieblockaden in Frankreich gegen die Erhöhung des Rentenalters, die Bewegung gegen ‚Stuttgart 21‘ oder auch der massive Protest gegen die Aufkündigung des Atomkompromisses in der BRD sowie die Bildungsproteste in den österreichischen Universitätsstädten im Herbst 2009 lassen eine Krise der repräsentativen Demokratie erkennen, das Schwinden der ‚Volksparteien‘ – selbst im korporatistischen Österreich – wiederum eine

Krise des aktuellen politischen Systems; die zunehmende gesellschaftliche Kritik an der fossilistischen Produktion formiert eine Krise der tradierten gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Auch die beiden konservativen Wohlfahrtsstaatsmodelle in der BRD und in Österreich, die in der Vergangenheit zentrale Integrationsmomente darstellten, gerieten durch ihre auf das 19. Jahrhundert zurückgehende lohnarbeitsfixierte Finanzierung in die Krise. Doch diese Veränderungsprozesse sind langwierig – nur ganz allmählich verschieben sich Praxen und Institutionen und schließlich auch das Recht. Auch in der Vergangenheit wurde erst in einer Rückschau offensichtlich, dass gravierende Transformationen stattgefunden hatten. Insofern kommen die beiden vorliegenden, miteinander verbundenen Schwerpunktheft der Kritischen Justiz und des *juridikum* (zeitschrift für kritikrechtsgesellschaft) zu früh – bevor die Eule der Minerva zum Flug angesetzt hat. Die Suche nach möglichen Veränderungen ist daher – genauso wie auch die Zusammenarbeit der beiden kritischen Rechtszeitschriften in Deutschland und Österreich – ein Experiment. Sie soll aufmerksam machen auf die Dynamiken, die sich vielleicht erst in den kommenden Jahren deutlich ausprägen werden: auf die Suchprozesse gesellschaftlicher Akteur_innen im Kontext der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Als kritische Rechtszeitschriften betrachten wir dabei speziell die juristischen Praxen, die wir aber als immer schon gesellschaftlich vermittelte verstehen. Nur wenn diese frühzeitig zur Kenntnis genommen werden, bieten sich auch Möglichkeiten für Kritik und das Potential für emanzipative Intervention, anstatt das Feld denjenigen zu überlassen, die diese Gravitationen in nationalistische oder rassistische Bahnen zu lenken versuchen. In der BRD stellen die biologistischen Äußerungen Sarrazins immerhin noch einen Skandal dar, während die gleichen Äußerungen eines Haider oder Strache bereits österreichische Normalität sind.

1. Multiple Krise in Permanenz – Spannungsfelder kapitalistischer Produktion

Kapitalistische Vergesellschaftung ist strukturell krisenhaft, und zwar in einem doppelten Sinn: erstens durch die dieser Vergesellschaftung immanenten Widersprüche, die zu periodischen Krisen führen – Krisen sind daher normale Erscheinungsformen dieser Gesellschaftsformation. Zweitens indem die kapitalistische Produktionsweise auf gesellschaftlichen Bedingungen und Naturvoraussetzungen beruht, die sie weder zu reproduzieren noch zu garantieren vermag, sondern im Gegenteil sogar tendenziell zerstört: gesellschaftliche Naturverhältnisse, lebensweltliche Milieus, nicht-warenförmige soziale Beziehungen, Subsistenzproduktion und vor allem: Fürsorgearbeit. Ohne diese Voraussetzungen wäre der Zusammenhang der Gesellschaft so unmöglich wie die Reproduktion der Arbeitskraft.¹ Und diese tendenzielle Zerstörung der Voraussetzungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse wird in den großen Krisen virulent. Die Selbststre-

1 Hirsch, Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Esser/Görg/Hirsch (Hrsg.). Politik, Institutionen und Staat., 1994, S. 157–212 (167).

volutionierung kapitalistischer Gesellschaften vollzieht sich nicht historisch kontinuierlich, sondern katalysiert sich in periodischen Krisen und den politischen Kämpfen um ihre Bearbeitung.²

Der Lohn etwa ist für das Kapital gleichzeitig Kosten- und Nachfragefaktor. Der Konkurrenzkampf zwingt die Unternehmen dazu, Arbeitskräfte durch neue Maschinen und Technologien zu ersetzen. Dies führt zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Ausweitung der Kapazitäten. Diese expansive Logik kollidiert mit der kontraktiven Logik kapitalistischer Produktion, die aus der Freisetzung von Arbeitskräften, dem Druck auf Löhne, also der Beschränkung der Nachfrage resultiert.³ Dieser Widerspruch zwischen den geschaffenen Produktionskapazitäten sowie den damit hergestellten Waren (Autos, Immobilien, Dienstleistungen ...) und der durch Lohndruck und „Freisetzung“ von Arbeitskräften bedingten mangelnden Nachfrage drückt sich auch in der dem Kapitalismus eigenen ungleichen Entwicklung aus. Das unter anderem in Deutschland und Österreich dominante Exportweltmeistermodell⁴ kann im europäischen Maßstab nur solange funktionieren, wie andere Ökonomien dieses Ungleichgewicht durch entsprechende Nachfrage ausgleichen. Die dadurch entstehenden Handelsbilanzdefizite sind aber nur durch Kapitalimporte finanzierbar und setzen so einen Kreislauf von Privatisierung und Verschuldung in Gang. Die durch den Einbruch der Weltwirtschaft verschärfte „Schuldenkrise“ der in recht unverhohlener chauvinistischer Diktion als PIGS (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) bezeichneten Länder findet ihre Hauptursache folglich in einer Externalisierung des Problems der kontraktiven Logik kapitalistischer Produktion.⁵

Die zweite zentrale Voraussetzung, die der Kapitalismus zugleich beständig untergräbt, ist die Ware Arbeitskraft selbst. Kapitalismus zieht tagtäglich soziale Verletzungen, Verwerfungen und Verwüstungen nach sich und bedeutet damit Krise in Permanenz, so eine zentrale Aussage des Autorenteam von „Soziologie – Kapitalismus – Kritik“.⁶ Denn die Steigerung des Mehrwertes durch Intensivierung des Zugriffs auf die Ware Arbeitskraft in qualitativer oder quantitativer Hinsicht ist für den Akkumulationsprozess wesentlich. Die Ausbeutung schlägt konkurrenzvermittelt daher regelmäßig, abhängig von den jeweiligen sozialen Kämpfen, in Überausbeutung um. Der Grad an durch Lohnarbeit erzeugter Verwüstung menschlichen Lebens erreicht ein Ausmaß, welches die Re-Produktion der Ware Arbeitskraft gefährdet und damit die Quelle kapitalistischen Profits (menschliche Tätigkeit) untergräbt. Marx hat diesen Zusammen-

2 Ebd. S. 202.

3 Sablowski, Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise, Kritische Justiz 2009, 116 (116).

4 Dabei handelt es sich um das Erzielen von Exportüberschüssen durch Lohnabschlüsse unter der Produktivitätssteigerung in Kombination mit angebotsseitiger Politik.

5 Siehe dazu anschaulich das Positionspapier des wissenschaftlichen Beirates von Attac-Deutschland, Griechenland, das Diktat von IWF und EU und die deutsche Verantwortung, 2010, www.attac.de/uploads/media/100507_Positionspapier_Wissenschaftlicher_Beirat_Attac_zu_Griechenland_01.pdf (15.9.2010).

6 Dörre/Lessenich/Rosa, Einleitung, in: Dörre/Lessenich/Rosa (Hrsg.), Soziologie – Kapitalismus – Kritik, 2009, S. 14.

hang in seiner Kritik der politischen Ökonomie anhand des Elends der englischen Arbeiter_innen im 19. Jahrhundert eindrücklich geschildert.⁷ Entgegen dem Diskurs von der Auflösung der (Welt-)Arbeiter_innenklasse zeigt gerade ein jüngst bekannt gewordenes Beispiel, dass sich unter der glänzenden Oberfläche der fetischisierten Warenwelt weiterhin die gleichen Mechanismen der Verwüstung menschlichen Lebens im Gang befinden. So werden die Elektronikteile für das paradigmatische Produkt des Postfordismus – das Apple iPhone – in mitunter vierunddreißigstündigen Schichten in einer Sechstageswoche durch Arbeiter_innen der Firma Foxconn in südchinesischen Sonderwirtschaftszonen hergestellt. Nachdem sich aufgrund der Arbeitsbedingungen und des Akkorddrucks seit Beginn des Jahres bereits 14 Arbeiter_innen durch Fensterstürze töteten, reagierte Foxconn mit der Anbringung von großen Netzen an den Fabrikgebäuden.⁸

Zugleich basiert der Produktionsprozess auf den generativen und reproduktiven Tätigkeiten, den Fürsorge- und Pflegearbeiten, die unbezahlt weltweit mehrheitlich Frauen aufgebürdet und aus dem Produktionskreislauf externalisiert werden. Dieser ‚Systemfehler‘ kapitalistischer Ökonomie⁹ ist zudem, weil er die care-Tätigkeiten in der von der öffentlichen Sphäre getrennten Privatsphäre ansiedelt, unsichtbar: „Die Expansionsstatistiken und Handelsbilanzen zeigen nicht, dass kapitalistische Wertschöpfung überall auf der Grundlage eines Polsters von sozialer Regeneration, von überwiegend unbezahlter und von Frauen geleisteter Sorgearbeit und sozialer Sicherungsgesetze einerseits und der regenerativen Kräfte der Natur andererseits funktioniert.“¹⁰ Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung führt zudem zur Exklusion von Frauen aus der Unternehmensführung der transnationalen Konzerne und den Institutionen des Finanzkapitals: In Großbritannien etwa sind nur 11,7 % aller Direktor_innen der 100 größten und umsatzstärksten Unternehmen an der London Stock Exchange weiblich. Nur 7,5 % der Direktor_innen der 40 führenden französischen Aktienunternehmen sind Frauen; in der BRD gibt es sogar nur *ein* weibliches Aufsichtsratsmitglied von den ca. 200 Führungskräften in den DAX-30 Unternehmen.¹¹

Und schließlich vollzieht sich im Akkumulationsprozess eine immense Kontamination und Konsumtion von Natur. Natur ist einerseits Lieferantin materiellen und energetischen Inputs und andererseits Senke für die Externalitäten¹² des Produktionsprozesses.¹³ Wie die Überausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist daher auch jene der

7 Marx, Das Kapital, Band I, MEW 23, insb. S. 416ff.

8 Die Presse, Foxconn sucht 400.000 neue Arbeiter, v. 19.8.2010.

9 Sauer, Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise, in: Kurswechsel 2010, S. 38–46.

10 Wichterich, Frauen als soziale Air Bags – ein feministischer Blick auf die globalen Krisen, in: Lunapark 21/2009, 22–25 (22).

11 Young/Schuberth, The Global Financial Meltdown And the Impact of Financial Governance On Gender, in: Garnet Policy Brief, 2010, I.

12 Externalität ist der volkswirtschaftliche Begriff für jene Auswirkungen (wie z.B. die hier thematisierte Umweltverschmutzung), für die niemand bezahlt.

13 Raza, Politische Ökonomie und Natur im Kapitalismus, in: Brand/Raza (Hrsg.), Fit für den Postfordismus?, 2003, S. 158 (165).

Natur eine Akkumulationsstrategie¹⁴ und verschafft Raumgewinn im unternehmerischen Konkurrenzkampf. Gegenwärtig drängt sich die, in der neoliberalen Phase strategisch in die Peripherie verlagerte, umweltschädliche Produktion jedoch zurück auf die Bühne des Zentrums und manifestiert sich in einer allgemeinen – wenn auch durch die Lage im Weltsystem differenzierten – ökologischen Krise der fossilistischen Produktion. Klimawandel und die einhergehenden Überschwemmungen und Dürren verwüsten nicht nur Lebensgrundlagen und -realitäten von Millionen Menschen, sondern führen auch zu massiver Kapitalvernichtung.¹⁵ Seit der Krise des Fordismus Mitte der 1970er Jahre ist diese fossilistische Produktionsweise in der Krise und nur vermeintlich in den Jahrzehnten danach durch einen neuen Konsens der Förderung alternativer Energien überwunden. Dieser „suggerierte Konsens“, wie Hermann Scheer in seinem letzten Buch schrieb, „lenkt davon ab, dass die eigentlichen Konflikte erst begonnen haben, allerdings in veränderter Gemengelage [...]. Die praktische Ablösung atomarer und fossiler Energien betrifft unmittelbar die Struktur des etablierten Energiesystems, die eng mit den herrschenden Produktions- und Konsumbedingungen, Wirtschaftsordnungen und politischen Institutionen verwoben ist. Sie rührt unmittelbar an die Existenzinteressen der etablierten Energiewirtschaft, die der größte und vor allem politisch einflussreichste Sektor der Weltwirtschaft ist.“¹⁶

2. Gesellschaftliche Suchprozesse nach Entwicklungsweisen:

Krise neoliberaler Hegemonie

Bei den hier dargestellten Spannungsfeldern kapitalistischer Produktionsweise handelt es sich nicht um logische Widersprüche *des* Kapitalismus, sondern diese Spannungsfelder entstehen erst durch die Strategien und Handlungen von Akteur_innen und erhalten ihre Materialität durch routinierte Wiederholung. Gerade weil diesen durch menschliche Praxis ausgehärteten Widersprüchen ein bedeutendes Potential zur Krisenhaftigkeit und Instabilität innewohnt, die den kapitalistischen Anforderungen nach Planbarkeit, Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft und Regeneration der Natur entgegenstehen, bedarf es zum Erhalt der vorherrschenden Produktionsweise der *Regulation*, d.h. eines institutionell-normativen Komplexes, welcher die Reproduktion der bestehenden Gesellschaft trotz ihrer Widersprüche zu gewährleisten sucht. Hegemonial gewordene Entwicklungsweisen (wie der Fordismus¹⁷ und der neoliberal

14 David Harvey fasst u.a. diese Strategie hinsichtlich der Naturverhältnisse als *Accumulation by Dispossession*, Harvey, *The new imperialism*, 2005.

15 Candeias, *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie*², 2009.

16 Scheer, *Der energetische Imperativ*, 2010, 15.

17 Unter Fordismus wird in der Regulationstheorie die Phase des Nachkriegskapitalismus in Europa und Nordamerika verstanden, die idealtypisch Massenproduktion und -konsumtion, ökonomisches Wachstum und Vollbeschäftigung kombinierte und auf einem weitreichenden sozialen Konsens zwischen den Kapitalfraktionen, den Gewerkschaften und dem Staat sowie institutionalisierten Mechanismen wie Korporatismus, dem Wohlfahrtsstaat und einer keynesianischen Wirtschaftspolitik beruhte. Mit dem Fordismus war ein Geschlechterregime verwoben, dass auf eine Hausfrauisierung zielte und als *Male-Breadwinner-Model* umschrieben wird.

geprägte Post-Fordismus)¹⁸ gewährleisten für eine bestimmte Zeit die Vereinbarkeit der Verhaltensweisen mit der Dynamik der kapitalistischen Produktion. In diesen Entwicklungsweisen werden die Widersprüche nicht aufgehoben, sondern finden eine Bewegungsform.¹⁹ Während kleine und zyklische Krisen noch innerhalb eines kapitalistischen Expansionsmodelles verarbeitet werden können, sind „große Strukturkrisen“ solche, welche die Herausbildung einer neuen Entwicklungsweise (etwa des Postneoliberalismus) anstoßen.

In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise wird sichtbar, was schon viel früher begonnen hat: die Krise der neoliberalen Hegemonie und der mit ihr verbundenen Entwicklungsweise. Spätestens seit Ende der 1990er Jahre mit den beginnenden sozialen globalisierungskritischen Protesten, der Abwahl der neoliberalen und neokonservativen Orthodoxie²⁰ und der Übernahme der Regierung durch sozialistische Parteien in Lateinamerika geriet das bis dahin hegemoniale neoliberale Projekt in die Defensive. Es hatte den Markt zum regulativen Prinzip der Gesellschaft erkoren und damit alle gesellschaftlichen Bereiche einer Wettbewerbsrationalität unterworfen.²¹ Im Unterschied zum Fordismus sollte die Gesellschaft nicht standardisiert, sondern bis in die Kapillaren hinein in Basiseinheiten fragmentiert werden, die allesamt die Form eines Unternehmens annehmen sollten: von den Universitäten über die Krankenhäuser bis hin zu den Sozialverwaltungen. Konkrete neoliberale Regierungstechniken waren dabei die Herstellung von Investitionssicherheit, die politische Abschottung der Geldpolitik in unabhängigen Zentralbanken, ein fiskalisch nachhaltiges Schuldenmanagement, die Überwachung und Normalisierung aller Politiken unter der Marktperspektive, die Schwächung demokratischer Strukturen über die Verlagerung von wirtschaftspolitischen Entscheidungen in die Hände von „technokratischen Kadern“, die Etablierung eines Wettbewerbes der Rechtsordnungen²² sowie schließlich die Bevorzugung von Markteffizienz gegenüber Gleichheitspolitiken und sozialer Solidarität.²³

Die oben skizzierten multiplen Krisenprozesse kulminierten in der Weltwirtschaftskrise. Sie stellen die gesamte Lebens- und nicht nur Wirtschaftsweise in Frage: die Konsumnormen, das Geschlechterverhältnis, die postkoloniale Weltwirtschaftsordnung, die

18 Siehe für eine Definition im Folgenden.

19 Sablowski (Fn. 3), 116.

20 Die Ersetzung der Orthodoxie durch neoliberale Kräfte im sozialdemokratischen bzw. grünen Gewand deutet den Hegemonieverlust des Neoliberalismus an. Eine offene Politik der Umverteilung und Deregulierung nach dem Muster Reagan und Thatcher war nicht mehr mehrheitsfähig.

21 *Foucault*, Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978–1979, 2004, S. 173 ff.

22 *Buckel/Oberndorfer*, Die lange Inkubationszeit des Wettbewerbs der Rechtsordnungen – Eine Genealogie der Rechtsfälle Viking/Laval/Rüffert/Luxemburg aus der Perspektive einer materialistischen Europarechtstheorie, in Fischer-Lescano/Rödl/Schmid (Hrsg.), Europäische Gesellschaftsverfassung. Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa, 2009, 277.

23 Gill, European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, in: *New Political Economy* 1998, 5–26, 16 ff.

kulturelle Hegemonie, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die politische Institutionalisierung. Im Unterschied zum Fordismus ermöglichten die mit seiner Krise Mitte der 1970er Jahre einsetzenden Krisenlösungsstrategien keine stabile Reproduktion. Soziale und ökonomische Verwerfungen waren an der Tagesordnung. Die Krisenbearbeitung des Scheiterns der New Economy bereitete bereits die nächste Krise vor, und auch die aktuellen Reregulierungen haben zu keinen grundlegenden Veränderungen geführt.²⁴ Daran ändert auch die aktuelle wirtschaftliche Erholung nichts. Es fehlt ein neues Entwicklungsmodell, welches in der Lage wäre, sowohl die Überakkumulationskrise durch neue Investitionsstrategien zu überwinden als auch die konkurrierenden Hegemonieprojekte einzubinden. Der bisher einzige Ansatz dazu, der sog. New Green Deal hat bisher noch keinen wirklichen Bruch mit den überkommenen Verhältnissen vollzogen (vgl. dazu den Beitrag von Fütterer/Pichl, Juridikum).

Ein alternatives, gegenhegemoniales Projekt ist bisher sowenig erkennbar wie ein innerkapitalistisches Reformprojekt, welches eine stabile neue Gesellschaftsformation begründen könnte. Gleichzeitig hat der einst hegemoniale Diskurs allerdings unwiederbringlich an Überzeugungskraft verloren. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für die Bertelsmann-Stiftung, einem maßgeblichen neoliberalen Think Tank, wünschen sich 88 % der Deutschen eine „neue Wirtschaftsordnung“. Der Kapitalismus Sorge weder für einen sozialen Ausgleich noch für den Schutz der Umwelt.²⁵ In einer österreichischen Umfrage hielten nur noch 41 % „die freie Marktwirtschaft für das beste System“. Ein Viertel der Befragten sprach sich sogar für die „Abschaffung des Kapitalismus“ aus.²⁶ Spätestens die Verdichtung unterschiedlicher Verwüstungstendenzen zur gegenwärtigen multiplen Krisenkonstellation (Weltwirtschaft, Naturverhältnisse, Reproduktion) hat den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt schwinden lassen. Die neoliberale Ideologie, ihre Apparate und Akteur_innen sind nur noch herrschend, aber nicht mehr führend.²⁷ Da weder die alte, neoliberale Rationalität mehr greift, obwohl ihre Akteure noch entscheidende gesellschaftliche Machtpositionen besetzen und sich daher auch in der Krise noch durchsetzen konnten, noch ein neues alternatives Projekt sich abzeichnet, finden die postneoliberalen Suchprozesse in einer höchst prekären Konstellation statt. Postoperaistische²⁸ Autor_innen sprechen daher vom Neoliberalismus als einem „Zombi“: „Zombies laufen umher und erzeugen entsetzliche Verwüstungen, aber in ihnen ist kein Leben mehr“, schreibt etwa Michael Hardt.²⁹ Die führende politische Klasse verfügt derzeit über keine produktiven Lösungen, auch nur

24 Sablowski (Fn. 3).

25 Spiegel-Online v. 18.8.2010.

26 IMAS-Umfrage, zitiert nach Die Presse v. 13.8.2010.

27 Gramsci, Gefängnishefte, Band 1 (1991), 354.

28 Operaismus bezeichnet einen marxistischen Theoriestrang, der die Arbeiter_innen-Kämpfe gegen die Lohn-Arbeit als zentrales Bewegungsmoment der Geschichte begreift. Der Postoperaismus steht in der Tradition des Operaismus, verbindet diesen allerdings mit poststrukturalistischen Ansätzen. Für eine Einführung siehe Birkner/Foltin, (Post-)Operaismus, 2006.

29 Interview mit Michael Hardt, „Wir müssen verstehen, wer der Feind ist“, in: Spiegel-Online, 24.3.2010.

einzelne Aspekte der multiplen Krise zu bearbeiten. Nichts bringt das besser auf den Punkt als die von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Krise ausgegebene Parole: „Wir fahren auf Sicht!“³⁰

3. Postneoliberalismus

Mit dem aus der lateinamerikanischen Diskussion stammenden Begriff „Postneoliberalismus“ sollen jene Suchprozesse nach einer neuen Entwicklungsweise in den Blick genommen werden, welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Folgen des neoliberalen Kapitalismus zu bearbeiten und Antworten auf die sich verschärfenden Widersprüche und Krisen zu entwickeln. Es geht daher nicht zentral um die Frage, ob bereits generell eine postneoliberale Epoche begonnen hat, sondern um die Untersuchung sich verschiebender Praxen: „[W]e propose to consider postneoliberalism as a perspective on social, political, and/or economic transformations, on shifting terrains of social struggles and compromises, taking place on different scales, in various contexts and by different actors.“³¹

Und obwohl der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise noch nicht lange zurückliegt, lassen sich sogar in Europa bereits einige postneoliberale Momente feststellen. Die massiven Interventionen der Mitgliedstaaten zur Rettung des Bankensystems, Überwindung der sich ausbreitenden Kreditklemme und Wiederbelebung der Konjunktur,³² das befristete Aussetzen des neoliberal geprägten europäischen Beihilfenregimes durch die Kommission und die seither vorherrschende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank verletzen nicht wenige Dogmen neoliberaler Wirtschaftstheorie.³³ Dass es mittlerweile so scheint, als wären die europäischen Politiken wieder auf neoliberalen Kurs – man denke nur an die Bearbeitung der „Griechenlandkrise“, die Verschärfung des Stabilitätspaktes oder an den Umstand, dass unter Wirtschaftsregierung heute nur mehr eine Überwachung der Wettbewerbsfähigkeit diskutiert wird – ist keine Gegenthese zur postneoliberalen Konstellation. Auch in der beginnenden Krise des Fordismus gegen Ende der 1960er-Jahre vollzog sich zunächst eine Intensivierung der bis zu diesem Zeitpunkt hegemonialen Regulationsmodi: Der Keynesianismus kam erst gegen Ende seiner Hegemonie zur vollen Entfaltung. Der entscheidende Grund hierfür liegt darin, dass die Hegemonie bestimmter Vorstellungen keine „bloße Ideologie“ ist, sondern sich in gesellschaftlichen Praxen, Institutionen und Subjekten materialisiert. Auch das Evidentwerden einer gigantischen Überakkumulationskrise, in der das Kapital keine ausreichenden profitablen Anlagemöglichkeiten mehr findet, ändert diese Vorstellungen nicht von heute auf morgen. Vielmehr müssen diese in langwierigen kollektiven Lernprozessen

30 Die Presse v. 15.11.2009.

31 Brand/Sekler, Postneoliberalism: Catch-all Word or Valuable Analytical and Political Concept?, in: Brand/Sekler (Hrsg.), Postneoliberalism – A Beginning Debate. Development Dialogue, 2009, S. 5 (6).

32 Für eine umfassende Zusammenstellung vgl. Roth, Die globale Krise (2009), S. 62–118.

33 Keßler/Dahlke, Die Auswirkungen der Finanzkrise auf das europäische Beihilfenrecht, EWS 2009, S. 79.

sen überschrieben werden. Dies gilt umso mehr, wenn starke Kräfte der „alten Ordnung“ an ihnen festhalten.

Welche Bearbeitungs- bzw. Entwicklungsweise auf strukturelle Krisen folgt, ist allerdings keineswegs sicher, sondern Gegenstand von sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfen. Dass solche Krisen eher selten die Kräfteverhältnisse zugunsten emanzipativer Kräfte verschieben, zeigt nicht zuletzt die Faschisierung Europas in den 1930er Jahren. Mit dem Begriff Postneoliberalismus sollen daher keineswegs ausschließlich emanzipative Suchprozesse nach einer gegen-hegemonialen Entwicklungsweise oder gar einer post-kapitalistischen Produktionsweise in den Blick genommen werden. Vielmehr gilt es, auch die herrschaftsförmigen Projekte, Neuformierungen und Fragestellungen zu beleuchten, welche sich zur Rettung des Kapitalverhältnisses auf die Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell gemacht haben.

4. Postneoliberale Rechtsordnung: eigenständiger Ort gesellschaftlicher Hegemonieproduktion

Die krisenhaften gesellschaftlichen Veränderungen schlagen sich nicht unmittelbar im Recht nieder, sondern in koevolutiven und eruptiven Prozessen, die jeweils über die eigene Grammatik des Rechts vermittelt sind. Es kann daher nicht nur zu zeitlichen Verzögerungen und Asymmetrien kommen, sondern vor allem zu ganz eigenen rechtlichen Entwicklungen innerhalb des jeweiligen gesellschaftlichen Kontextes. Das Recht ist ein eigenständiger Ort der Organisation von Hegemonie, ein besonderes Terrain von Auseinandersetzungen. Dieses Terrain wollen wir mit den folgenden zwölf Beiträgen, die über beide Zeitschriften verteilt sind, ausleuchten.

Die Beiträge zeigen, dass sich die neoliberale Hegemonie in den nationalen, regionalen und globalen Ordnungsmustern je spezifisch kontextualisiert hat und daher jeweils spezifische Gegenstrategien zu entwickeln sein werden.

Eine im Schwerpunkt regionale Perspektive nimmt der Beitrag von *Jonas Wolff* (KJ) ein, der die Herkunft des Konzeptes des Postneoliberalismus entlang der Verfassungen von Bolivien und Ecuador untersucht und die widersprüchlichen Entwicklungen der Schaffung einer solidarischen Wirtschafts- und Eigentumsordnung, einer grundlegend neuen Lebensweise und partizipativer Demokratie in diesen beiden Ländern, auch unter Einbeziehung regionaler Wirtschaftsentwicklungen skizziert. *Christian Joerges* (KJ) widmet sich der entwickelten Wirtschaftsregion Europa. Er zeigt, wie sich die neoliberale Hegemonie in der Form des Ordoliberalismus in besonderer Weise zur Legitimierung und Orientierung des Integrationsprojekts eignet, und er lenkt den Blick darauf, dass auch im europäischen Recht Strategien zur nachholenden Politisierung und sozialen Rückbindung der europäischen Wirtschaftsverfassung Not tun. Dass es hierbei völlig unzureichend ist, rein formale Antidiskriminierungsnormen zu erlassen, wenn diese keine partizipatorische Dimension erhalten, beschreibt *Gabriele Wilde* (juridikum) in ihrem Beitrag zur europäischen Regulation der Geschlechterverhältnisse über das Anti-

Diskriminierungsrecht. *Eva Kocher* (juridikum) analysiert sodann das europäische Arbeitsrecht anhand der Tarifautonomie und zeigt auf, dass die Kampffelder im Hinblick auf das Recht auf Partizipation nicht auf formaldemokratische Verfahren der Parlamentarisierung beschränkt werden dürfen, sondern transnationale Formen gerade auch der europäischen Tarifautonomie einzubeziehen sind.

Jenseits nationaler und regionaler Ausprägungen hat sich der Neoliberalismus in einer Weltwirtschaftsverfassung Bahn gebrochen, die in ihrer programmatischen Ausrichtung auf freie Märkte, Wettbewerb und den Abbau staatlicher Interventionen maßgeblich zur Verstärkung der Krise beigetragen hat. Der Beitrag von *Markus Krajewski* (KJ) zeichnet dies pointiert nach und weist zugleich auf politisierbare offene Rechtsbegriffe, die semantisch nicht auf eine neoliberale Programmatik festgelegt sind und bei denen es sich lohne, in postneoliberaler Absicht die Kämpfe um eine sozial responsive Lesart des Wirtschaftsrechts aufzunehmen und die Wirtschaftsrationalität an das Andere der Weltgesellschaft rückzubinden. Wie eruptiv und unberechenbar solche Kämpfe um die Weltrechtskreation ausfallen können und welche Dramatik die Kollision wirtschaftlicher und sozialer Rechte in der Weltgesellschaft annehmen kann, zeigt *Thore Prien* (juridikum) in seinem Beitrag zum Landgrabbing – die im Zeichen des Privateigentums und des Investitionsschutzes vorgenommene Aneignung peripheren Landes durch private und staatliche Akteure. Welche Rolle in diesen Kämpfen die globalen sozialen Rechte haben können, wird von *Kolja Möller* (juridikum) aus theoretischer und *Miriam Saage-Maaß* sowie *Wolfgang Kaleck* (juridikum) aus einer kritischen rechtspraktischen Perspektive ausgelotet. Beide Texte widmen sich der zentralen emanzipatorischen postneoliberalen Strategie der Aktivierung sozialer Rechte. Dass es hierbei nicht genügen wird, die Gegenstrategien auf leichte Korrekturvorschläge, die meinen, auf strukturelle Veränderungen verzichten zu können, zu reduzieren, zeigen die beiden Beiträge zum ‚New Green Deal‘ auf der einen und zum ‚Neuen Konstitutionalismus‘ auf der anderen Seite. Während *Michael Fütterer* und *Max Pichl* (juridikum) den gesellschaftlichen Naturverhältnissen im Recht nachspüren und dabei kritisieren, dass die Konzeption des ‚New Green Deal‘ als postneoliberale Strategie zu wenig Gewicht auf die Entwicklung eines emanzipativen Potentials legt, kritisieren *Oliver Eberl* und *Florian Rödl* (KJ) aus demokratietheoretischer Perspektive den sogenannten Neuen Konstitutionalismus des transnationalen Rechts und konfrontieren diesen auf der Suche nach einer emanzipatorischen Alternative mit den normativen Konzepten radikaler Demokratie. Beide Kritiken verweisen darauf, dass die Überwindung der neoliberalen Hegemonie an und in den stahlharten Gehäusen neoliberaler Hörigkeit ansetzen muss, aber dabei auf das Selbstkontinuierungsinteresse dieser eingerichteten und ausgeübten Institutionen des Neoliberalismus zugunsten einer radikaldemokratischen und radikalemanzipatorischen Weltrechtspolitik keine Rücksicht nehmen darf.

In einer Gesamtschau der Texte wird deutlich, dass die identifizierten neoliberalen Elemente innerhalb der Rechtsordnungen eindeutig überwiegen. Post-neoliberale Strategien oder gar schon deren Verfestigungen im Recht sind noch relativ rar – so das momen-

tane Zwischenfazit unseres Experiments. „Selbst wenn [die Philosophie] ihren Flug bei hereinbrechender Dämmerung beginnt,“ so Althusser's Interpretation der Hegelschen Metapher vom Flug der Minerva, „gehört sie noch zum Tage, und zwar zum heutigen Tage. Sie ist nur die Selbstreflexion der Gegenwart, die Reflexion des Beisichselbstseins des Begriffs: das Morgen ist ihr von ihrem Wesen her verschlossen.“³⁴ Es geht um das Heute, das Hier und Jetzt. Die Art und Weise, wie wir die vergangene Gesellschaft analysieren, sagt etwas über die heutigen Verhältnisse aus, aber – und das wäre hinzuzufügen – dabei ist die Analyse der Gesellschaft immer schon Moment ihrer Veränderung, ihrer Zukunft, über die wir noch nichts wissen können. Wir hoffen, mit dem vorliegenden Ergebnis grenzüberschreitender Kooperation einen solchen Reflexionsanstoß zu liefern: eine kritische Intervention, welche die relative Eigenständigkeit rechtlicher Suchprozesse ernst nimmt und das Nachdenken über emanzipative Formen der Vergesellschaftung anregen will.

Drⁱⁿ Sonja Buckel arbeitet als Wissenschaftlerin am Frankfurter Institut für Sozialforschung und führt dort ein DFG-gefördertes Forschungsprojekt zur Europäisierung der Migrationskontrolle durch. Forschungsschwerpunkte: Staats- und Rechtstheorie, Europaforschung; s.buckel@soz.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano lehrt Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht und Rechtstheorie an der Universität Bremen, ist geschäftsführender Direktor des Zentrums für europäische Rechtspolitik und Leiter zweier Forschungsprojekte am Sonderforschungsbereich Staatlichkeit im Wandel; fischer-lescانو@zerp.uni-bremen.de

Lukas Oberndorfer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung EU & Internationales der AK Wien und Redakteur des *juridikum*. Er arbeitet zu einer kritischen Theorie & Empirie der europäischen Integration, des Europarechts und der industriellen Beziehungen auf transnationaler Ebene; lukas.oberndorfer@univie.ac.at

34 Althusser, *Das Kapital* lesen, Band 1, 1972, S. 124f.



Inhalt

Das juridikum versteht sich als juristische Fachzeitschrift, die bei der Analyse rechtlicher Fragen mehr als deren rechtsdogmatische Dimension in Betracht zieht. Gegenüber dem juristischen Mainstream nimmt das juridikum eine kritisch-hinterfragende Haltung ein. Die Zeitschrift stellt eine Plattform dar, auf der RechtswissenschaftlerInnen und RechtspraktikerInnen ihr juristisches Tun reflektieren, rechtliche Verfasstheit und rechtlichen Schein analysieren sowie gesellschaftliche und politische Ziele formulieren.

Als unkonventionelle Zeitschrift mit interdisziplinärem Anspruch will das juridikum kritische JuristInnen vernetzen und befähigen.

Herausgeber

Ronald Frühwirth
Ines Rössl
Joachim Stern

Internet

www.juridikum.at

Jahresabo juridikum (4 Hefte)

€ 55,-*

Jahresabo juridikum (4 Hefte)

für Studierende,

Zivil- und Präsenzdienere

€ 25,-* (bitte Bestätigung zusenden)

Bitte geben Sie bei der Bestellung folgende Aktionsnummer an:
jur410D

Tel.: +43-1-680 14-0

Fax: +43-1-680 14-140

order@verlagoesterreich.at

www.verlagoesterreich.at

VERLAG
ÖSTERREICH